



Mexiko City: Eine Schnellstraße trennt die Villen und Hochhäuser der Reichen von den einfachen Siedlungen der Armen im Stadtteil Santa Fe.
© Johnny Miller/Unequal Scenes

IM SCHATTEN DER PROFITE

Wie die systematische Abwertung von Hausarbeit, Pflege und Fürsorge Ungleichheit schafft und vertieft



OXFAM
Deutschland



Bubi District, Simbabwe: Frauen, die zumeist für das Wasserholen verantwortlich sind, auf dem Heimweg. Oxfam hat in der Nähe ihres Dorfes solarbetriebene Wasserpumpen installiert, um den Frauen weite Wege zu ersparen.
© Aurelie Marrier D'Univille / Oxfam

Die soziale Ungleichheit ist unerträglich hoch. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besitzt gemeinsam nicht einmal ein Prozent des globalen Vermögens. An der Spitze der Vermögenverteilung stehen 2.153 Personen, die jeweils über mehr als eine Milliarde US-Dollar Privatvermögen verfügen.¹ Gemeinsam gehört ihnen mehr Vermögen als den unteren 60 Prozent der Weltbevölkerung.²

Dieses krasse Missverhältnis ist das Ergebnis eines Wirtschaftssystems, in dem Frauen und Mädchen täglich 12,5 Milliarden Stunden unbezahlte Pflege-, Fürsorge- und Hausarbeit leisten³, ohne dass der Wert dieser Arbeit gesellschaftlich und ökonomisch anerkannt wird. Für das Wohlergehen von Gesellschaften und das Funktionieren der Wirtschaft sind Kümmern, Pflegen, Kochen und Putzen unersetzlich. Diejenigen, die diese Arbeit leisten, bekommen jedoch zumeist kein oder zu wenig Geld dafür.

Die Erwartung, dass weltweit vor allem Frauen und Mädchen diese Arbeiten übernehmen müssen, schafft Ungleichheit in Einkommen, Vermögen, Zeit und Einfluss zwischen Männern und Frauen und vertieft die bestehende Ungleichheit zwischen Arm und Reich.

Dies muss sich ändern. Ein großer Schritt, um Ungleichheit an der Wurzel zu packen, ist, unbezahlte Pflege- und Fürsorgearbeit zu reduzieren, gerechter zu verteilen und anzuerkennen. Regierungen auf der ganzen Welt müssen jetzt handeln, um eine am Menschen orientierte Wirtschaft aufzubauen, die das wertschätzt, was für die Gesellschaft wirklich wichtig ist, anstatt das Streben nach Profit und Wachstum immer weiter anzukurbeln.

Wir brauchen Investitionen in die öffentliche Pflegeinfrastruktur von Kindergärten bis zur Betreuung älterer Menschen, soziale Sicherheit für alle unbezahlt Pflegenden und gute Löhne in der professionellen Pflegearbeit. Durch gerechte Steuersysteme lässt sich dies finanzieren. Fangen wir an!

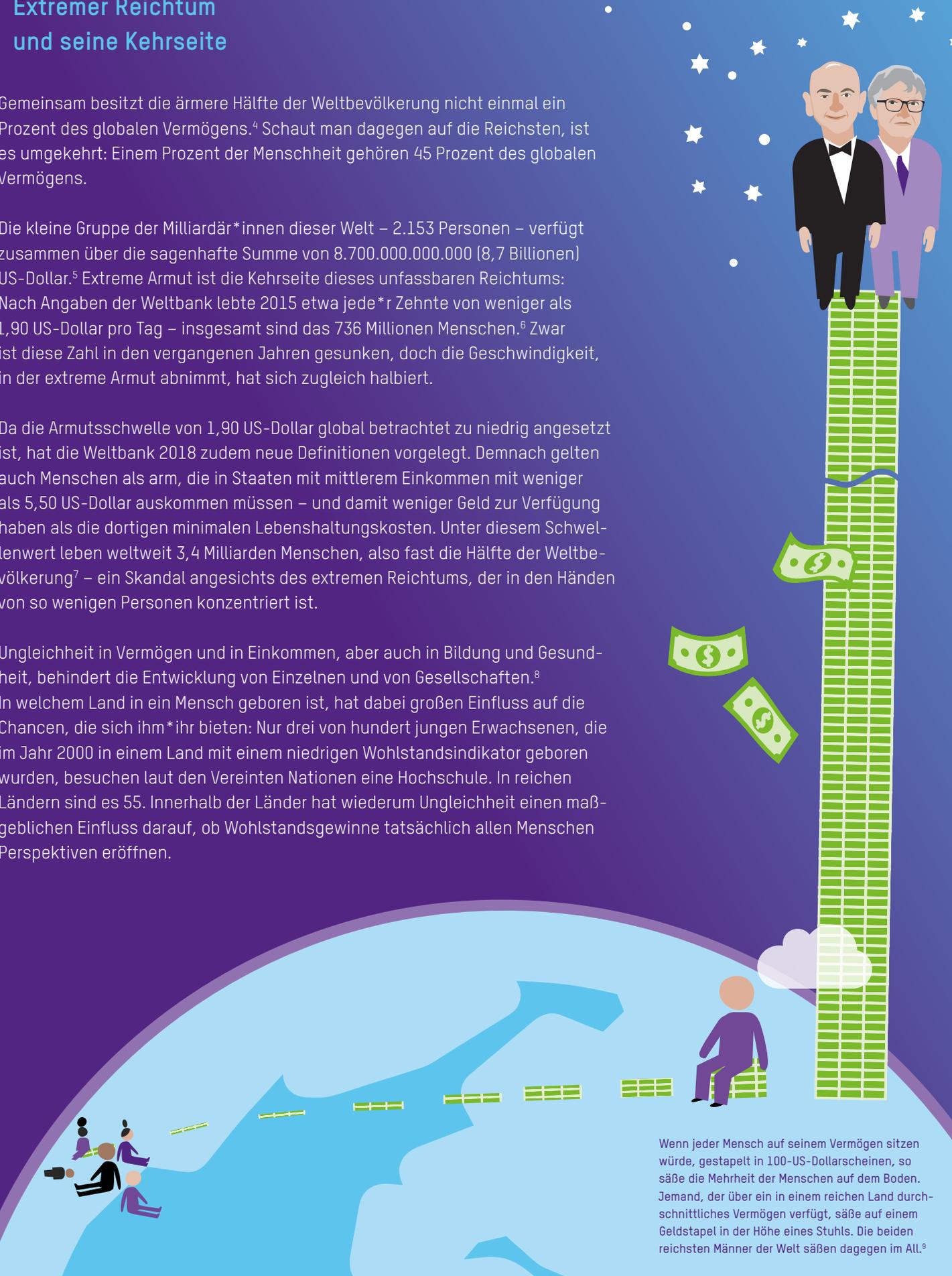
Extremer Reichtum und seine Kehrseite

Gemeinsam besitzt die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nicht einmal ein Prozent des globalen Vermögens.⁴ Schaut man dagegen auf die Reichsten, ist es umgekehrt: Einem Prozent der Menschheit gehören 45 Prozent des globalen Vermögens.

Die kleine Gruppe der Milliardär*innen dieser Welt – 2.153 Personen – verfügt zusammen über die sagenhafte Summe von 8.700.000.000.000 (8,7 Billionen) US-Dollar.⁵ Extreme Armut ist die Kehrseite dieses unfassbaren Reichtums: Nach Angaben der Weltbank lebte 2015 etwa jede*r Zehnte von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag – insgesamt sind das 736 Millionen Menschen.⁶ Zwar ist diese Zahl in den vergangenen Jahren gesunken, doch die Geschwindigkeit, in der extreme Armut abnimmt, hat sich zugleich halbiert.

Da die Armutsschwelle von 1,90 US-Dollar global betrachtet zu niedrig angesetzt ist, hat die Weltbank 2018 zudem neue Definitionen vorgelegt. Demnach gelten auch Menschen als arm, die in Staaten mit mittlerem Einkommen mit weniger als 5,50 US-Dollar auskommen müssen – und damit weniger Geld zur Verfügung haben als die dortigen minimalen Lebenshaltungskosten. Unter diesem Schwellenwert leben weltweit 3,4 Milliarden Menschen, also fast die Hälfte der Weltbevölkerung⁷ – ein Skandal angesichts des extremen Reichtums, der in den Händen von so wenigen Personen konzentriert ist.

Ungleichheit in Vermögen und in Einkommen, aber auch in Bildung und Gesundheit, behindert die Entwicklung von Einzelnen und von Gesellschaften.⁸ In welchem Land ein Mensch geboren ist, hat dabei großen Einfluss auf die Chancen, die sich ihm* ihr bieten: Nur drei von hundert jungen Erwachsenen, die im Jahr 2000 in einem Land mit einem niedrigen Wohlstandsindikator geboren wurden, besuchen laut den Vereinten Nationen eine Hochschule. In reichen Ländern sind es 55. Innerhalb der Länder hat wiederum Ungleichheit einen maßgeblichen Einfluss darauf, ob Wohlstandsgewinne tatsächlich allen Menschen Perspektiven eröffnen.



Wenn jeder Mensch auf seinem Vermögen sitzen würde, gestapelt in 100-US-Dollarscheinen, so säße die Mehrheit der Menschen auf dem Boden. Jemand, der über ein in einem reichen Land durchschnittliches Vermögen verfügt, säße auf einem Geldstapel in der Höhe eines Stuhls. Die beiden reichsten Männer der Welt säßen dagegen im All.⁹

Oxfams Berechnungen: Wie groß ist die Ungleichheit?

Globale Ungleichheit ist nicht einfach zu messen, da es für zahlreiche Länder derzeit keine offiziellen Statistiken und Erhebungen zur Verteilung von Vermögen und teilweise auch von Einkommen gibt. Ein fatales Signal, denn Regierungen verfügen bereits über detaillierte Informationen, die Auskunft über die Verteilung von Spitzeneinkommen und -vermögen geben oder könnten diese erstellen.¹⁰

Die Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse daran, mehr über die Verteilung von Wohlstandsgewinnen zu erfahren, da diese maßgeblichen Einfluss auf Chancen zur individuellen und gesellschaftlichen Verwirklichung sowie auf das Wohlergehen haben. Ohne dieses Wissen können Bürger*innen nur schwer überprüfen, ob Politik dazu führt, dass Spitzenverdiener*innen und Vermögende einen gerechten Beitrag zum Erhalt öffentlicher Güter leisten. Dass derzeit geschätzte 7,6 Billionen US-Dollar unversteuert in Steueroasen versteckt und damit jedem gesellschaftlichen Beitrag entzogen sind, zeigt das gewaltige Potenzial der politischen Möglichkeiten – wenn sie denn ergriffen würden.¹¹

Oxfam setzt sich daher gemeinsam mit zahlreichen Wissenschaftler*innen dafür ein, dass Daten über die Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie die Verteilungswirkung staatlicher Politiken für alle einsehbar werden. Solange diese Daten fehlen, nutzen wir für unsere jährlichen Berechnungen zu glo-

baler Ungleichheit die Angaben der Schweizer Großbank Credit Suisse zum Vermögen der Weltbevölkerung und die Recherchen des Magazins Forbes zum Vermögen der Superreichen.

Credit Suisse bietet die derzeit umfassendsten Daten zur Verteilung von privaten Vermögen von Haushalten innerhalb und zwischen den Ländern an. Die Bank aktualisiert ihre Angaben jährlich, sie nimmt zudem, wenn es an neuen offiziellen Daten fehlt, ergänzende Schätzungen vor und gibt rückwirkend verbesserte – den aktualisierten Informationen entsprechende – Zahlen für die Vorjahre an.¹² Da alle gängigen Vermögensstatistiken insbesondere die größten Vermögen unterschätzen,¹³ bezieht Credit Suisse die Zahlen aus dem Forbes-Ranking mit ein, um so die Vermögen der Reichsten zu erfassen.

Vermögen, die beispielsweise aus Firmenanteilen in Form von Aktien bestehen, sind zudem Schwankungen unterworfen. Jede Erfassung ist daher eine Momentaufnahme. Die von uns verwendete Forbes-Reichenliste 2019 bezieht sich auf den Stand vom Februar 2019. Zu diesem Zeitpunkt war das Gesamtvermögen aller Milliardär*innen sowie deren Anzahl – unter anderem aufgrund gesunkener Aktienwerte – im Vergleich zum Vorjahreszeitraum niedriger.¹⁴ Dies muss jedoch keine Trendwende der Vermögenskonzentration bedeuten: Der Bloomberg-Milliardärsindex, der die 500 reichsten Menschen der Welt betrachtet, meldete im Dezember 2019, dass deren gemeinsames Vermögen innerhalb eines Jahres um 25 Prozent oder 1,2 Billionen US-Dollar zugenommen hat.¹⁵

Zeit ist Geld? Nicht für Frauen

Die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen zeigt sich nicht allein zwischen Ländern und Bevölkerungsgruppen, ein eklatanter Unterschied besteht auch zwischen Frauen und Männern.¹⁶ Weltweit verdienen Frauen durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer¹⁷ und sie müssen häufiger prekäre oder schlecht bezahlte Arbeiten verrichten.¹⁸ Zugleich verfügen Männer über 50 Prozent mehr Vermögen als Frauen.¹⁹ Frauen sind zudem deutlich schlechter sozial abgesichert und haben seltener Anspruch auf eine Rente – fast 65 Prozent aller Menschen, die im Rentenalter keine Bezüge bekommen, sind Frauen.²⁰

Neben diesen materiellen Unterschieden sind Frauen erheblich seltener in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen vertreten. Im Durchschnitt von 153 Ländern waren nur 21 Prozent der Ministerposten von Frauen besetzt und nur 25 Prozent der Parlamentarier*innen waren Frauen.²¹ In den Ländern, für die Daten vorliegen, sind nur gut ein Drittel aller wirtschaftlichen Leitungspositionen von Frauen besetzt.²²

Was ist die Ursache für diesen Unterschied? Häufig wird er damit erklärt, dass Frauen seltener oder weniger arbeiten. Diese Annahme stimmt jedoch nicht. Frauen arbeiten im globalen Durchschnitt und in jeder Region der Welt mehr Stunden pro Tag als Männer.²³ Allerdings werden Frauen im Unterschied zu Männern für mehr als die Hälfte ihrer Arbeit nicht bezahlt.

Männer arbeiten im weltweiten Durchschnitt 6 Stunden und 44 Minuten pro Tag und werden für 5 Stunden und 21 Minuten bezahlt – also für mehr als 80 Prozent ihrer Arbeitszeit. Frauen arbeiten hingegen durchschnittlich 7 Stunden und 28 Minuten am Tag, erhalten aber nur für 3 Stunden und 3 Minuten Lohn – also für rund 41 Prozent ihrer Arbeitszeit.

Ein zentraler Faktor für die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen ist, dass unbezahlte Hausarbeit, Pflege und Fürsorge weltweit zu drei Vierteln von Frauen geleistet werden.

Hausarbeit, Pflege, Fürsorge, Care und Co.

Als unbezahlte Pflege- und Fürsorgearbeit gelten alle Tätigkeiten der Pflege, Zuwendung, Fürsorge und Versorgung, die unentgeltlich für sich selbst, den eigenen Haushalt und seine Mitglieder oder ehrenamtlich für andere Haushalte erbracht werden.²⁵ Dazu zählen kochen, waschen, putzen, einkaufen, Kinder erziehen und Kranke versorgen. Vor allem in ländlichen Gegenden des globalen Südens kommen oft zeitaufwändige Tätigkeiten wie das Sammeln von Brennholz und Wasserholen hinzu. Die Herstellung von Gütern für den eigenen Verbrauch oder von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie bezahlte Dienstleistungen für Dritte fallen nicht darunter.

Diese Arbeit kann prinzipiell auch bezahlt und professionell als Erwerbsarbeit geleistet werden, beispielsweise von Erzieher*innen, Altenpfleger*innen oder Hausarbeiter*innen. Die Summe dieser Tätigkeiten – bezahlt oder unbezahlt – wird unter verschiedenen Sammelbegriffen diskutiert: Hausarbeit, (Für-)Sorgearbeit, Pflegearbeit sowie dem englischen Begriff Care, eingedeutscht als Care-Arbeit. Wir verwenden zur Beschreibung der Summe der oben genannten Tätigkeiten den Begriff der Pflege und Fürsorge(-arbeit) und bezeichnen diejenigen, die diese Arbeit leisten, als Pflegenden.

Unbezahlbar – und unbezahlt

Als Kind oder wenn wir krank sind, liebevoll umsorgt zu werden, ist ein zutiefst menschlicher Wunsch. Seine Erfüllung ist von unschätzbarem Wert für jede*jeden von uns, kommt zugleich der ganzen Gesellschaft zugute und ist auch für die Wirtschaft unverzichtbar. Angesichts dessen sollte es selbstverständlich sein, dass die Bedeutung von Pflege- und Fürsorgearbeit anerkannt wird und auch unbezahlt Pflegenden weder jetzt noch in Zukunft aus ihrem Engagement Nachteile entstehen.

Doch derzeit ist das Gegenteil der Fall: Die meisten Beschreibungen unserer Wirtschaft blenden Hausarbeit, Pflege- und Fürsorgetätigkeiten in Familien, Haushalten und Gemeinschaften systematisch aus. Diese Arbeit gilt als unproduktiv, nicht wertschöpfend und letztlich außerökonomisch.²⁶

Würde diese Arbeit bezahlt, verfügte sie über einen ökonomischen Wert von jährlich mehr als 10,8 Billionen US-Dollar.²⁷ Das ist eine 14-stellige Zahl und entspricht dem Dreifachen des weltweiten Umsatzes im IT-Sektor.²⁸ Während dort aber fette Gewinne eingefahren werden, gehen die Pflegenden leer aus.

Dass der IT-Sektor als wertvoll gilt, man Fürsorge und Pflege jedoch für ökonomisch wertlos hält, ist auch eine Folge wirtschaftlicher Messgrößen wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Dieses bezieht weder die Kosten für den Erhalt und den Schutz natürlicher Ressourcen noch den Wert der Pflege- und Fürsorgearbeit mit ein – obwohl beide unabdingbare Voraussetzungen für das menschliche Leben und gesellschaftliches Wohlergehen sind.



Tendai Chauke beim Waschen vor ihrem Haus
© Aurelie Marrier d'Unienville/Oxfam

Tendai Chaukes Geschichte²⁴

Nur 48 Prozent der ländlichen Bevölkerung Simbabwe haben Zugang zu sauberem Wasser. Frauen, die zumeist für die Wasserversorgung zuständig sind, müssen dafür oft lange Strecken gehen und schwere Eimer auf dem Kopf nach Hause tragen. Allein für diese Arbeit braucht Tendai Chauke aus der Region Misvago mehrere Stunden am Tag. Drei bis vier Kilometer muss sie während der Trockenzeit bis zur nächsten Quelle laufen – in der Regenzeit ist es immer noch ein Kilometer. Tendais Mann Lucas beschafft das Feuerholz zum Kochen, bei der übrigen Hausarbeit, der Versorgung der fünf Kinder und der Arbeit auf dem Feld unterstützt er seine Frau kaum. „Er hat nur ein paar Mal bei der Wäsche geholfen“, berichtet Tendai. „Zuerst schaut er, ob ihn keine Leute beim Waschen sehen, die ihn auslachen könnten.“ Zeit für eine bezahlte Arbeit bleibt ihr nicht. Der Familie fehlt so zeitweilig das Geld, um die Schulgebühren für die Kinder zu bezahlen.

Was alle bereichert, macht einige arm

Für die Gepflegten, die Pflegenden, die Gesellschaft und die Wirtschaft sind Fürsorge und Pflege bereichernd und wertvoll. Zugleich zahlen die ganz überwiegend weiblichen unbezahlt Pflegenden einen hohen Preis. So können 42 Prozent aller Frauen, aber nur 6 Prozent der Männer im erwerbsfähigen Alter wegen Fürsorge- und Pflegeaufgaben keiner Erwerbsarbeit nachgehen.²⁹

Unbezahlte Fürsorge- und Pflegearbeit erhöht so das Risiko von Frauen erheblich, in Armut zu leben. Global betrachtet kommen auf hundert Männer, die in einem Haushalt in extremer Armut leben, 104 Frauen. In der Altersgruppe, in der Frauen Kinder gebären, versorgen und großziehen, steigt dieses Verhältnis auf 100 zu 122.³⁰ Die Dunkelziffer von Frauen in individueller Armut dürfte weitaus höher sein.³¹ Dort, wo Einkommensdaten vorliegen, zeigt sich, dass das Einkommen von Müttern langfristig sinkt. Laut einer Studie, in der 21 Länder mittleren Einkommens betrachtet wurden, verdienen Mütter 42 Prozent weniger als Frauen, die keine Kinder haben.³²

Hinzu kommt, dass nicht alle Frauen gleichermaßen vom Armutsrisiko betroffen sind. Gut ausgebildete Frauen mit einem hochbezahlten Job können es sich oftmals leisten, weiter ihrem Beruf nachzugehen, indem sie Dritte für die in ihrem Haushalt anfallende Pflege und Fürsorge bezahlen. Diese Arbeit wird zumeist von Frauen, häufig Migrantinnen, zu deutlich niedrigeren Löhnen und unter prekären Bedingungen ausgeübt. Auf diese Weise wird die Ungleichheit sowohl zwischen Frauen, als auch zwischen armen und reichen Haushalten fortgeschrieben und vertieft.³³

Die Klimakrise: eine Katastrophe für Frauen

Frauen, die bereits in Armut oder in Gebieten leben, denen es an öffentlicher Infrastruktur wie Wasser- oder Stromversorgung mangelt, trifft es besonders hart. Sie wenden vergleichsweise mehr Zeit für Pflege- und Fürsorgearbeit auf. In ländlichen Gegenden und in Ländern des globalen Südens verbringen Frauen schon jetzt bis zu 14 Stunden täglich mit Pflege- und Fürsorgearbeit – fünfmal mehr Zeit als Männer.³⁴ Auch Mädchen müssen bei diesen Arbeiten oft schon mithelfen. Viele haben dadurch weniger Zeit für die Schule, sodass ihr Bildungsstand vergleichsweise niedrig bleibt.³⁵

Und die Klimakrise verschärft die Situation weiter. Schätzungsweise bis zu 2,4 Milliarden Menschen werden 2025 in Gebieten ohne ausreichend Wasser leben, was bedeutet, dass Frauen und Mädchen zum Wasserholen immer weiter laufen müssen.³⁶ Durch klimabedingte Schocks und Katastrophen wie Überschwemmungen und Dürren wird in vielen Gebieten zudem die landwirtschaftliche Produktivität sinken und Krankheiten wie Malaria und Durchfallerkrankungen werden zunehmen.³⁷ In der Summe wird die Klimakrise dazu führen, dass insbesondere Frauen im globalen Süden noch mehr Stunden in den Erhalt des Lebens und der Gesundheit ihrer Familien investieren müssen.



Garadag, Somalia: Ayan Said auf dem Weg zum Wasserholen. Mit ihrer Familie sucht sie im Vertriebenencamp Unterstützung, nachdem fast alle ihrer 300 Schafe einer schweren Dürre zum Opfer gefallen sind.
© Petterik Wiggers/Oxfam

Ungleichheit oder Armut – was ist hier das Problem?

Immer wieder wird Oxfam gefragt, ob Armut nicht das zentrale Problem sei, statt Ungleichheit. Die Antwort: Gerade weil wir Armut überwinden wollen, müssen wir Ungleichheit bekämpfen!

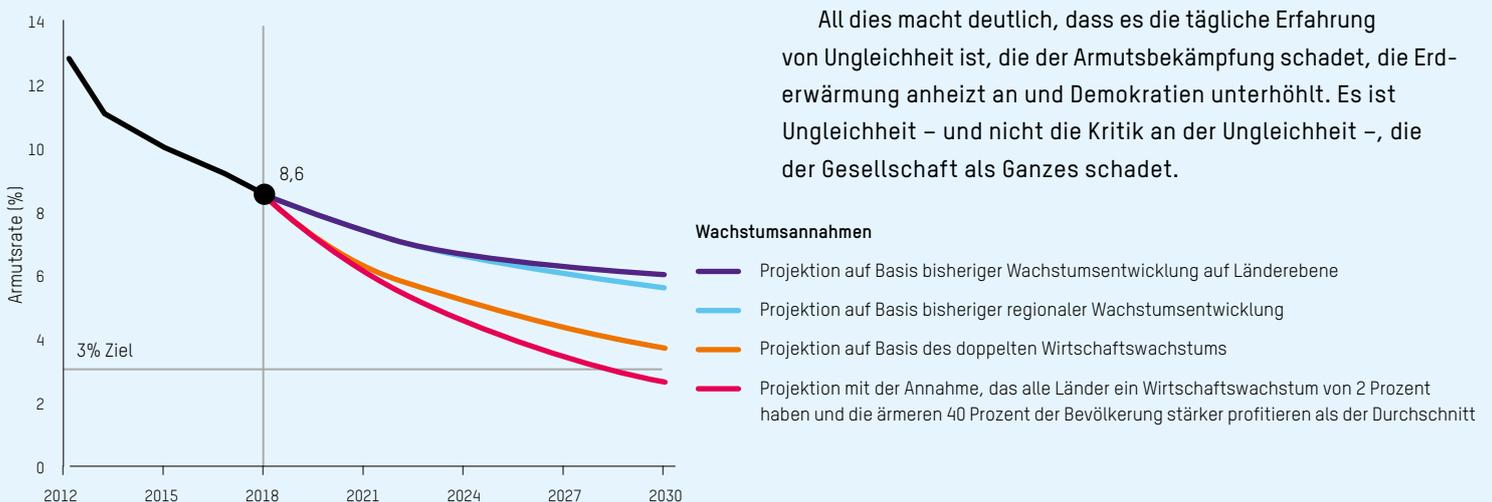
UNGLEICHHEIT VERHINDERT, DASS WIR EXTREME ARMUT ÜBERWINDEN

Von unserem Wirtschaftssystem profitieren diejenigen, die ohnehin oben auf der Vermögens- und Einkommensleiter stehen. Vor allem große Vermögen entwickeln eine eigene Dynamik, die es den Reichsten dieser Welt erlaubt, ihrem Kontostand beim Wachsen zuzusehen. Das Vermögen der Milliardär*innen hat in den letzten Jahren im Schnitt um 7,4 Prozent pro Jahr zugelegt.³⁸

Kaum anders sieht es bei den Einkommen aus: Die Spitzenverdiener*innen konnten 27 Cent von jedem Dollar des globalen Einkommenswachstums zwischen 1980 und 2016 für sich verbuchen.³⁹ Nur 12 Cent pro Dollar entfielen auf die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Wenn die Wohlstandsgewinne zu so großen Teilen an die Spitze gehen, bleibt zwangsläufig weniger für alle anderen. Die Folge ist, dass wir das UN-Entwicklungsziel, extreme Armut bis zum Jahr 2030 zu überwinden (SDG 1), aller Voraussicht nach verfehlen werden.

Die unten stehende Grafik der Weltbank zeigt Projektionen zur Entwicklung der extremen Armut unter verschiedenen Wachstumsszenarien. Unter Beibehaltung der gegenwärtigen Verteilung der Wohlstandsgewinne werden im Jahr 2030 immer noch mehr als 3 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut leben, selbst bei doppelt so starkem Wirtschaftswachstum wie bisher (orange Linie). Wenn wir Armut besiegen wollen, müssen wir Wohlstandsgewinne gerechter verteilen (pinke Linie).

PROJEKTIONEN ZUR ENTWICKLUNG EXTREMER ARMUT BIS 2030⁴⁰



UNGLEICHHEIT HEIZT DAS KLIMA AUF – DEN SCHADEN TRAGEN DIE ÄRMSTEN

Hinzu kommt, dass ein Festhalten an Wirtschaftswachstum als Lösung des Armutsproblems uns noch vor ganz andere Probleme stellen würde: Die globale Wirtschaft müsste um das 175-Fache anwachsen, wollte man allein über Wachstum jedem Menschen bis 2030 ein Einkommen von mindestens 5 US-Dollar am Tag ermöglichen.⁴¹ Ein solches Wachstum wäre angesichts der begrenzten Ressourcen unseres Planeten katastrophal.

Zudem verantworten die Reichsten dieser Welt durch ihren Lebensstil einen Großteil der klimaschädlichen Emissionen.⁴² Gleichzeitig sind sie vor möglichen Naturkatastrophen besonders gut geschützt: dank besserer Infrastruktur, Versicherungen gegen Ernteverluste oder Schäden an ihren Immobilien und durch Dämme gegen Hochwasser.

Die Auswirkungen der Klimakrise hingegen – Unwetter, Dürren und Überschwemmungen – treffen Menschen in Armut öfter und besonders dramatisch. Die Lebens- und Einkommensgrundlagen dieser Menschen hängen häufiger von intakten Ökosystemen ab, beispielsweise in der Landwirtschaft. Zugleich haben ärmere Bevölkerungsgruppen weniger Möglichkeiten, sich an Klimaveränderungen anzupassen oder sich vor ihnen zu schützen. So verschärft die Klimakrise die Lage derjenigen, die bereits am Existenzminimum leben.

UNGLEICHHEIT VERHINDERT POLITISCHE LÖSUNGEN

Weil Menschen in extremer Armut ihre gesamte Zeit dafür aufwenden müssen, ihr Überleben zu sichern, bleibt ihnen kaum eine Möglichkeit, politisch aktiv zu werden. In vielen Ländern ist die Beteiligung von ärmeren Menschen an Wahlen und politischen Prozessen deshalb gering – auch politische Ämter haben sie nur selten inne.

Bleibt Menschen in Armut ihr Recht auf Teilhabe verwehrt, werden zahlreiche Stimmen nicht gehört. Zugleich ist es einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Reichen gelungen, politische Regeln zu ihren Gunsten zu gestalten – auf Kosten weiter Teile der Bevölkerung.

All dies macht deutlich, dass es die tägliche Erfahrung von Ungleichheit ist, die der Armutsbekämpfung schadet, die Erderwärmung anheizt an und Demokratien unterhöhlt. Es ist Ungleichheit – und nicht die Kritik an der Ungleichheit –, die der Gesellschaft als Ganzes schadet.

Was Klischees anrichten

Doch nicht nur materielle Phänomene wie die Auswirkungen der Erderhitzung haben drastische Folgen. Auch die Vorstellung, Hausarbeit, Pflege und Fürsorge seien „Frauenarbeit“, hat Konsequenzen, da gesellschaftliche Zuschreibungen, Normen und Stereotype individuelle Entscheidungen wie die Arbeitsverteilung in Familien beeinflussen.

Die bestehenden Stereotype sind dabei für Frauen wie Männer gleichermaßen einschränkend. Während von Frauen erwartet wird, die unbezahlte Pflege- und Fürsorgearbeit mit den oben ausgeführten hohen Kosten zu übernehmen, erlaubt die Vorstellung eines männlichen Allein- oder Hauptverdieners es Männern entgegen ihrem häufigen Wunsch nicht, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen.

Stereotype beeinflussen zudem den Aufbau von gesellschaftlichen Institutionen und Infrastruktur. Wenn erwartet wird, dass ein Großteil der Fürsorgearbeit in Familien geleistet wird, führt das zu weniger öffentlicher frühkindlicher Betreuung, Ganztagschulen und Angeboten für Menschen mit Behinderung oder Pflegebedürftige. Fehlen solche öffentlichen und gebührenfreien Angebote, können es sich jedoch insbesondere ärmere Familien schlichtweg nicht leisten, ihre Pflege- und Fürsorgearbeit zu reduzieren.

Die Abwertung von Pflege- und Fürsorgearbeit betrifft zudem diejenigen, die diese Tätigkeiten professionell ausüben. In zahlreichen Ländern wird sie, obwohl oftmals kom-

plex und körperlich anstrengend, auch als Erwerbsarbeit geringgeschätzt und entsprechend schlechter bezahlt als Arbeit mit ähnlichen Anforderungen in anderen Sektoren.⁴³ Da Pflegeberufe mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, trägt dies zu Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern bei, die der sogenannte Gender Pay Gap misst.

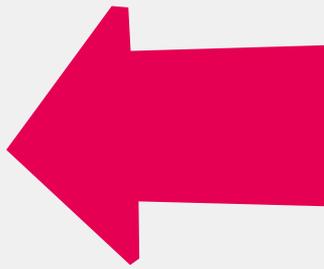
Nicht zuletzt haben sexistische Zuschreibungen, wonach Frauen angeblich weniger für wirtschaftliche und politische Führungsaufgaben geeignet seien, massive gesellschafts-politische Auswirkungen. Zusammen mit dem Zeitmangel, der aus unbezahlten Zusatzaufgaben resultiert, erschweren es solche Stereotype Frauen, sich in politische Prozesse einzubringen und den eigenen Interessen Gehör zu verschaffen. Wo Politik weder von noch für Frauen gemacht wird, kommt es zu diskriminierenden Gesetzen, die es ihnen verwehren, über Ressourcen wie Land, Kredite, oder Erbschaften gleichberechtigt zu verfügen und sie obendrein im Arbeits- und Steuerrecht benachteiligen.⁴⁴

Die Abbildung rechts zeigt, welche gravierenden Auswirkungen die Abwertung von Pflege- und Fürsorgearbeit sowie die stereotype Delegation dieser Arbeit an Frauen haben – auf die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen und auf Ungleichheit insgesamt. Für Frauen schränkt dies die wirtschaftliche Selbstständigkeit ein und für Männer die Möglichkeit, Fürsorgetätigkeiten wahrzunehmen.



Caparrosa, Guatemala: Als Landwirt arbeitet Lucas Aldana hart, um seine Familie zu versorgen. Mit Oxfams Unterstützung konnte er seine Ernten steigern. „Als erstes haben wir Essen gekauft“, sagt er, „aber auch ein wenig Medizin und etwas Schulmaterial für die Kinder. Ohne Gesundheit gibt es keine Bildung.“

© Pablo Tosco/Oxfam Intermón



WAS UNGLEICHHEIT FÖRdert

- ⊖ In der Wirtschaft zählt nur „produktive“ Arbeit, Fürsorgearbeit und Umweltkosten werden ausgeblendet.
- ⊖ Die meiste Fürsorge und Pflege muss in Familien geleistet werden, an öffentlicher Pflegeinfrastruktur mangelt es.
- ⊖ Nur wohlhabende Haushalte können private Pflegedienstleistungen hinzukaufen, wodurch Ungleichheit zwischen armen und reichen Haushalten vertieft wird.
- ⊖ Rollenbilder und Stereotype geben Frauen die Hauptverantwortung für Pflege- und Fürsorgearbeit.
- ⊖ Frauen und Mädchen verrichten einen Großteil der unbezahlten Fürsorgearbeit: kochen, waschen, putzen, Angehörige pflegen, Kinder erziehen, Wasser oder Brennholz holen.
- ⊖ Bezahlte Pflege- und Fürsorgearbeit sind schlechter entlohnt und ausgestattet als gleichwertige Arbeiten in anderen Branchen und werden zumeist von Frauen ausgeübt.
- ⊖ Sozial-, Steuer-, Erbrecht und andere Gesetze und Politiken zementieren geschlechtliche Zuschreibungen.
- ⊖ Im globalen Süden erhöhen der fehlende Zugang zu Wasser und Strom, sowie damit verbundene lange Wegzeiten den Umfang der unbezahlten Arbeit massiv. Der Klimawandel verschärft dies.

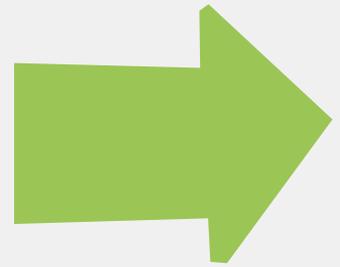


WO WIR SIND:

Extreme Ungleichheit geht auf Kosten der Ärmsten, von Frauen und der Umwelt.

- Frauen leisten mehr Fürsorge. Dadurch haben sie massive wirtschaftliche Nachteile, verfügen über weniger soziale Absicherung und sind politisch nicht hinreichend vertreten.
- Männer stehen wirtschaftlich und politisch besser da, üben jedoch oftmals weniger Fürsorge aus als sie wollen.
- Ungleiche Verteilung von Einkommen, Vermögen und Zugang zu Ressourcen sowie Ausschluss aus Entscheidungsprozessen vertiefen Ungleichheit.

WIE WIR UNGLEICHHEIT ÜBERWINDEN KÖNNEN



- ⊕ Wirtschaftliche Kennzahlen erkennen den Wert von Pflege und Fürsorge an.
- ⊕ Gerechte Steuersysteme ziehen alle – und insbesondere die Vermögendsten und wirtschaftlich Stärksten – zur Finanzierung gemeinsamer öffentlicher Aufgaben heran.
- ⊕ Unbezahlte Pflege- und Fürsorgearbeit werden durch den Auf- und Ausbau öffentlicher Pflegeinfrastruktur reduziert.
- ⊕ Politiken der Gleichstellung tragen zur Veränderung von Rollenbildern und Stereotypen bei.
- ⊕ Arbeitszeit-, Familien- und Sozialpolitik machen es allen möglich, Fürsorgearbeit und Erwerbsarbeit zu kombinieren.
- ⊕ Unbezahlte Tätigkeiten werden innerhalb von Haushalten neu verteilt.
- ⊕ Pflegende sind sozial abgesichert, durch universelle Renten, Kindergeld und andere Leistungen.
- ⊕ Pflegende sind in Politik und Wirtschaft repräsentiert und finden dort Gehör.
- ⊕ Der Zugang zu Trinkwasser, zu nachhaltiger Energieversorgung und zu öffentlichen Transportmitteln verringert die Zeit, die insbesondere Frauen und Mädchen mit Fürsorge und Pflege verbringen.

WO WIR HIN WOLLEN:

Geschlechtergerechtigkeit, geteilter Wohlstand, Erhalt der Umwelt und sozialer Zusammenhalt



- ✓ Alle Menschen können Erwerbs- und Fürsorgearbeit kombinieren, ohne dass ihnen daraus Nachteile entstehen.
- ✓ Ungleichheit wird auf ein Maß reduziert, in der sie der Verwirklichung eines guten Lebens für jeden Menschen nicht im Wege steht.
- ✓ Gerechte Chancen, gerechte Verfahren und gerechte Verteilung bauen aufeinander auf und ermöglichen sich gegenseitig.

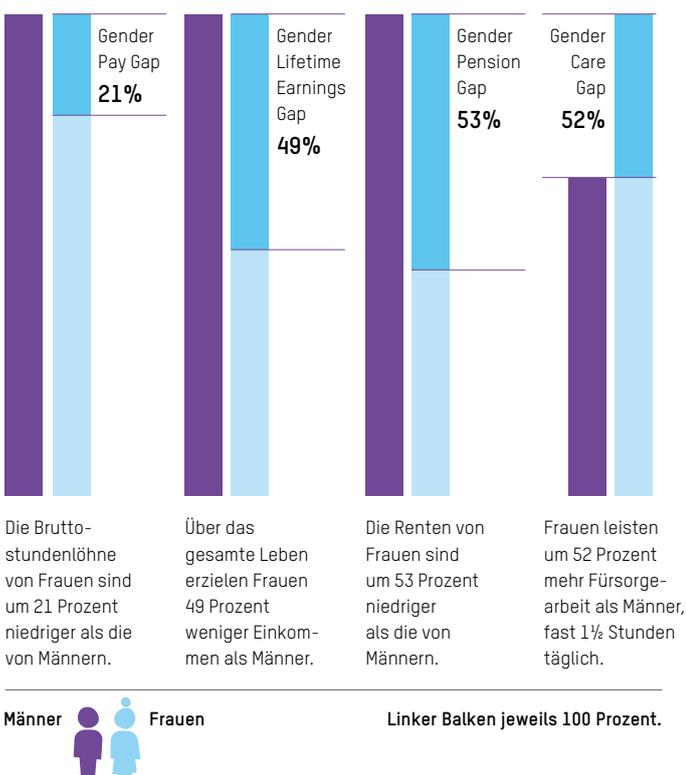
Deutschland: Wer pflegt, verliert

Dies gilt auch für Deutschland, wo die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen – gerade im Vergleich zu europäischen Nachbarn – erschütternd hoch ist. Die Abbildung unten zeigt verschiedene Indikatoren für Ungleichheit zwischen Männern und Frauen in Deutschland.

Der Gender Pay Gap – er zeigt den Unterschied in den Einkommen zwischen Männern und Frauen an – liegt bei 21 Prozent.⁴⁵ Dies ist ein europäischer Spitzenwert, der nur knapp unter dem globalen Durchschnitt liegt, und seit Jahren weitgehend unverändert ist.⁴⁶ Der Gender Lifetime Earnings Gap, der Unterschiede im Gesamteinkommen im Lebensverlauf anzeigt, liegt bei 49 Prozent: Frauen sammeln über ihr gesamtes Arbeitsleben nur etwa halb so viel Einkommen an wie Männer. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen: Für Frauen mit den niedrigsten Einkommen liegt der Unterschied bei 69 Prozent, für Spitzenverdienerinnen „nur“ bei 34 Prozent. Frauen mit hohem Einkommen können Pflege und Fürsorge eher hinzukaufen, um etwa nach der Geburt eines Kindes selbst früher wieder in die Erwerbsarbeit einzusteigen.

Dass die durchschnittlichen Renten von Frauen hierzulande – nach der aktiven Erwerbsphase und der intensiven Kinderbetreuung – um 53 Prozent niedriger sind als die Durchschnittsrenten der Männer, zeigt der Gender Pension Gap an. In einer vergleichenden Studie zwischen OECD-

UNGLEICHHEIT ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN IN DEUTSCHLAND⁷⁰



Ländern liegt Deutschland mit Blick auf die Rentenlücke zwischen Männern und Frauen auf dem letzten Platz.⁴⁷ Die großen Unterschiede in der Entlohnung und in der Rente sind eng verknüpft damit, dass Frauen mehr Zeit mit unbezahlter Pflege- und Fürsorgearbeit verbringen. Dies zeigt der Gender Care Gap an, er misst den Unterschied im täglichen Zeitaufwand für solche Tätigkeiten zwischen Frauen und Männern.

Ein weiterer wesentlicher Faktor für Lohnungleichheit ist die Geburt eines Kindes. Dieser Unterschied wird als „Strafe der Mutterschaft“ bezeichnet und ist in Deutschland ebenfalls besonders hoch.⁴⁸ Mütter erfahren eine langfristige Verschlechterung ihres Einkommens um sage und schreibe 61 Prozent im Vergleich zu Männern, die Vater werden und zu Frauen, die keine Kinder bekommen – bei gleichem Ausgangsgehalt.

Ungleiches Deutschland?!

Auch die Vermögensungleichheit ist in Deutschland weiterhin hoch – EU-weit ist sie nur in Irland und Lettland ähnlich groß.⁴⁹ Laut aktuellen Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) verfügte die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung zusammen im Jahr 2017 über nur 1,3 Prozent des Gesamtvermögens. Den reichsten zehn Prozent gehörten gemeinsam 56 Prozent des Vermögens.⁵⁰ Innerhalb dieser Gruppe ist das Vermögen nochmals extrem konzentriert: Die fünf reichsten Menschen bzw. Familien verfügten über mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der hiesigen Bevölkerung.⁵¹ Die jährlich aktualisierten Angaben der Credit Suisse für Deutschland geben keinen Hinweis darauf, dass sich die Vermögensverhältnisse seit 2017 wesentlich verändert hätten.⁵²

Die Einkommensungleichheit ist in Deutschland ebenfalls auf einem Höchststand, so die Befunde vom DIW und dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI).⁵³ Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) warnte Deutschland im Frühjahr 2019 vor hoher Ungleichheit und wies auf den ausgeprägten Einfluss der hohen Vermögensungleichheit auf Einkommensungleichheit hin.⁵⁴ Im Rahmen der Agenda 2030 hat sich die Bundesregierung verpflichtet, die Einkommensungleichheit zu verringern, verfehlt dieses Ziel jedoch eindeutig. Maßgeblicher Indikator hierfür ist die Entwicklung der Einkommen der ärmeren 40 Prozent der Haushalte im Verhältnis zum Durchschnitt. Während die Einkommen in Deutschland zwischen 2007 und 2017 im Mittel um 9,8 Prozent wuchsen, stiegen die der ärmeren 40 Prozent nur um 3,7 Prozent.⁵⁵ Es besteht ganz offensichtlich auch in Deutschland großer Handlungsbedarf, um Ungleichheit zwischen Frauen und Männern und mit Blick auf Einkommen und Vermögen zu reduzieren.

In Pflege investieren – Ungleichheit reduzieren

Wir müssen uns nicht mit extremer Ungleichheit und der Geringschätzung von Pflege- und Fürsorgearbeit abfinden. Ansätze aus zahlreichen Ländern zeigen, dass Regierungen es letztlich allen Menschen ermöglichen können, Fürsorgetätigkeiten mit eigenständiger Erwerbsarbeit zu kombinieren, ohne dass ihnen jetzt oder in der Zukunft Nachteile entstehen. Dies gilt sowohl für Länder des globalen Nordens als auch für Länder des globalen Südens. Auch Rollenbilder, die Männer und Frauen auf bestimmte Tätigkeiten festlegen, können sich wandeln und zu diesem Wandel kann und muss Politik eine Menge beitragen. Vier zentrale Prinzipien hierfür beginnen im Englischen mit dem Buchstaben R und werden daher auch als die 4 R bezeichnet.

Reduce (Reduzierung):
Durch den Auf- und Ausbau öffentlicher (Pflege-) Infrastruktur unbezahlte Pflege- und Fürsorgearbeit verringern

Wo es bisher keinen Zugang zu sauberem Wasser und Elektrizität gibt, ist die Ausweitung dieser Infrastruktur ein erster zentraler Schritt, um unbezahlte Hausarbeit zu reduzieren. Darauf müssen der Auf- und Ausbau umfassender nationaler Pflegesysteme, die gebührenfreie und hochwertige soziale Infrastruktur in den Bereichen Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege für alle bieten, folgen.

In Uruguay zum Beispiel wurden 2015 ein nationales Pflegesystem eingerichtet, neue Leistungen für besonders pflegebedürftige Gruppen geschaffen und die Aufgabenteilung zwischen Staat, lokalen Gemeinschaften, Familien sowie zwischen Männern und Frauen neu austariert.⁵⁶ Auch die deutsche Regierung ist aufgerufen, die hiesige Pflegeinfrastruktur zu verbessern sowie mehr in frühkindliche Bildung und stationäre und häusliche Pflegeangebote zu investieren, um unbezahlt Pflegende zu entlasten.

Represent (Repräsentation):
Pflegende in Politik und Wirtschaft anhören

Menschen die Pflege leisten, ob bezahlt oder unbezahlt, sind in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen nicht stark vertreten. Frauen, die zumeist die Hauptfürsorgenden sind, sind auch generell weniger vertreten. Es sind Gesetze nötig, welche die Parteien, den öffentlichen Dienst und die Unternehmen dazu verpflichten, den Anteil von Frauen in Ämtern zu erhöhen, um die riesige Repräsentationslücke zu schließen.

Wir brauchen starke Gewerkschaften, Frauen-, Pflege- und Patient*innenorganisationen, welche die verschiedenen Perspektiven auf und Probleme in der privaten und professionellen Pflege und Fürsorge in öffentlichen Debatten sichtbar und hörbar machen und die Anliegen der Betroffenen repräsentieren

Redistribute (Umverteilung):
Unbezahlte Tätigkeiten innerhalb von Haushalten neu verteilen durch flexiblere Arbeitszeiten und berufliche Auszeiten

Derzeit verbringen Männer häufig mehr Stunden in Erwerbsarbeit, als sie wollen, Frauen dagegen weniger – und bei Fürsorgearbeit ist es oftmals umgekehrt. Individuelle Probleme, beides miteinander zu vereinen, spiegeln eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung: Frauen und Männer müssen gleichermaßen entscheiden können, wie sie Erwerbs- und Fürsorgearbeit kombinieren. Dafür ist eine Arbeitszeitpolitik nötig, die im Lebensverlauf größere Flexibilität ermöglicht.⁵⁷

Väter, die zu Beginn des Lebens ihrer Kinder viel Zeit mit diesen verbringen, sind später umso stärker an der Fürsorgearbeit beteiligt.⁵⁸ Daher braucht es neben Mutterschutz auch Vaterschaftsfreistellungen. Je länger diese sind, desto größer der Wandel von Normen und Stereotypen. Dass Männer solche Angebote nutzen, ist zudem wahrscheinlicher, wenn bezahlte Elternzeit sonst verfallen würde.⁵⁹ Damit Paare aller Einkommensgruppen sie annehmen können, muss der Lohnausfall möglichst voll kompensiert werden. Freistellungen brauchen zudem diejenigen, die zu Hause ältere, pflegebedürftige Angehörige und Menschen mit Einschränkungen pflegen.

Recognise (Anerkennung):
*Den Wert von Pflege- und Fürsorgearbeit anerkennen – in der Wirtschaft und für jede*n Pflegenden*

Der Blick auf Fürsorge- und Pflegearbeit offenbart, was bei uns ganz grundsätzlich falsch läuft. Unsere Wirtschaft ist allein auf ein Ziel ausgelegt: Sie soll wachsen. Alles andere – inklusive der Einhaltung planetarer Grenzen und der Befriedigung essenzieller menschlicher Bedürfnisse und Rechte – ist dem nachgeordnet. Wollen wir die Bedeutung von Pflege- und Fürsorgearbeit anerkennen und sichtbar machen, müssen wir sie aus dem Schatten ins Zentrum der Wirtschaft holen.⁶⁰ Wir müssen auch unser wirtschaftliches Handeln an dem ausrichten, was wichtig ist, und uns in Zukunft daran messen.

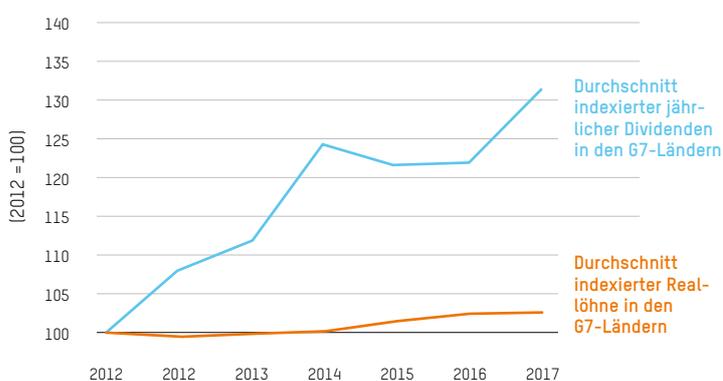
Eine materielle Anerkennung von Pflege und Fürsorge kann über Be- oder Entlohnung erfolgen. Dies geschieht direkt, indem die Arbeit von professionell Pflegenden besser bezahlt und ausgestattet wird, und indirekt über die sozialen Sicherungssysteme, die all jene, die unbezahlte Pflege- und Fürsorgearbeit leisten, absichern. Zentrale Elemente sind universelle Renten, die unbezahlt Pflegenden nicht für fehlende Beiträge bestrafen, und Kindergeld, das allen zugutekommt, die sich um Kinder kümmern.

Eine gerechte Politik ist bezahlbar

Zahlreiche der von uns genannten Punkte laufen darauf hinaus, dass Regierungen mehr Geld in die Hand nehmen müssen, um die öffentliche Pflege-Infrastruktur auszubauen und Familienzeiten zu ermöglichen. „Viel zu teuer!“ lauten dann oftmals die Unkenrufe. Die Frage ist jedoch nicht, ob dies finanziert wird, sondern wer es finanziert. Die Fürsorgearbeit findet ja bereits statt – ohne dass die Menschen, die sie leisten, dafür bezahlt werden. Den finanziellen Gewinn aus dieser Arbeit ziehen andere – und müssen daher auch zur finanziellen Absicherung der Pflegenden und zum Ausbau öffentlicher Strukturen beitragen.

Wir müssen den Trend der sinkenden Spitzensätze für Einkommens-, Unternehmens- und Erbschaftssteuern in den vergangenen Jahrzehnten umkehren. Nur vier Prozent der globalen Steuereinnahmen stammen aus Vermögenssteuern⁶¹ und die Reichsten drücken sich um bis zu 30 Prozent ihrer Steuerpflichten.⁶² Zudem ziehen Aktionär*innen hohe Gewinne aus – niedrig besteuerten – Dividenden, während die Löhne der Arbeiter*innen kaum vom Fleck kommen. In der Gruppe der sieben führenden Industrieländer (G7) stiegen die Löhne zwischen 2011 und 2017 um drei Prozent, die Dividenden dagegen um 31 Prozent.⁶³

GRAFIK: ENTWICKLUNG VON DIVIDENDEN UND LÖHNEN IN DEN G7-LÄNDERN⁶⁴



Am Beispiel der Steuergesetzgebung zeigt sich, dass es einer verhältnismäßig kleinen Zahl von reichen Einzelpersonen und Konzernen gelungen ist, politische Regeln zu ihren Gunsten zu gestalten. Mehr noch: Zugleich gelang es, die Idee des „schlanken Staats“, der über wenig öffentliches Vermögen verfügt und wenig Geld ausgibt, zu etablieren. In vielen Ländern steht dem massiven Wachstum privater Vermögen das Schrumpfen öffentlicher Vermögen gegenüber.⁶⁵ Auf staatliche Einnahmen und Vermögen sind Regierungen jedoch angewiesen, um ungleichheitsmindernde Politiken zu machen: Wenn Regierungen beispielsweise viele Woh-

nungen besitzen, können sie Mietpreise stabilisieren. Sind Gesundheits- und Pflegedienste sowie Bildungseinrichtungen öffentlich, können sie allen Menschen gebührenfreien Zugang gewähren. Ein schlanker Staat ist dagegen nur im Interesse jener, die sich an der Privatisierung bereichern und sich von den negativen Folgen einer solchen Politik freikaufen können – etwa durch die Nutzung teurer privater Gesundheitsdienste oder Schulen.

Steuern können Ausgleich schaffen

Investitionen in eine gerechte Gesellschaft müssen durch eine verteilungs- und geschlechtergerechte Steuerpolitik finanziert werden. Konzerne und Superreiche müssen ihren fairen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten. Entschiedenenes Handeln auf nationaler, europäischer und globaler Ebene in drei Punkten ist hierbei entscheidend.

Erstens müssen Vermögende durch **progressive Vermögens-, Erbschafts- und Kapitalertragssteuern sowie eine umfassende Finanztransaktionssteuer** ihren gerechten Beitrag zum Allgemeinwohl leisten. So könnte eine weltweite Vermögenssteuer von nur 0,5 Prozent – die das reichste Prozent in jedem Land betrifft – Investitionen finanzieren, die bis zu 117 Millionen Jobs in der Pflege, Bildung und Gesundheit schaffen würden.⁶⁶ In Deutschland besteht hier erheblicher Nachholbedarf. Dass 72 Prozent der Bundesbürger*innen die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer befürworten,⁶⁷ muss als klarer Handlungsauftrag an die Bundesregierung verstanden werden.

Und auch bei der Erbschaftssteuer, die große Betriebsvermögen verschont, und der Finanztransaktionssteuer, wie sie in zehn EU-Ländern eingeführt werden soll, gibt es Nachbesserungsbedarf. Letztere ist nach jahrelangem Lobbyismus der Finanzindustrie zu einer Börsenumsatzsteuer verkommen: Statt umfassend den Handel mit so gut wie allen Finanzprodukten – Aktien, Anleihen, Derivaten – zu besteuern, wird sie entsprechend dem derzeitigen Vorschlag nur noch auf den Handel mit Aktien erhoben. Durch diesen faulen Kompromiss wird sie zum Bundeshaushalt dann nur noch eine Milliarde statt mindestens zehn Milliarden Euro beitragen.

Zweitens muss die Bundesregierung **Steuervermeidung stoppen und für eine gerechte Besteuerung von Konzernen** weltweit sorgen. Die Steuervermeidung von Konzernen kostet Entwicklungsländer mindestens 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Auch die Länder der EU, inklusive Deutschland, verlieren Milliarden. Konkret heißt das: Um den derzeitigen ruinösen internationalen Wettlauf um die niedrigsten

Rangpur, Bangladesch: Vertreterinnen der bengalischen Nichtregierungsorganisation Pollisree setzen sich im Rahmen von Oxfams „Creating Spaces“-Projekt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Szene.
© Abir Abdullah/Oxfam



Steuersätze zu beenden, muss sich Bundesfinanzminister Scholz in den laufenden G20/OECD-Steuerverhandlungen für einen angemessenen weltweiten Mindeststeuersatz und mehr Steuerrechte für Entwicklungsländer einsetzen. Steueroasen müssen durch effektive weltweite und europäische Schwarze Listen und damit verbundene Sanktionen trockengelegt werden. Zudem muss die jahrelange deutsche Blockade eines EU-Kommissionsvorschlags enden, der eine öffentliche Länderberichterstattung von Konzernen (public Country-by-Country Reporting, pCbCR) über die in den jeweiligen Ländern erzielten Gewinne und darauf gezahlte Steuern vorsieht.

Drittens gilt es, den sich aus diesen Maßnahmen ergebenden fiskalischen Spielraum für die dringend benötigten **Investitionen in soziale und Geschlechtergerechtigkeit** zu nutzen. Der **Bundshaushalt** muss Schritt für Schritt **geschlechtergerecht** gestaltet werden, d.h., die Art und Weise der Einnahmengenerierung und die daraus finanzierten Maßnahmen müssen hinsichtlich ihres Beitrags zur Gleichstellung der Geschlechter bewertet und auf dieses Ziel hin ausgerichtet werden (sogenanntes Gender Budgeting).

Ungleichheit bekämpfen – hier und weltweit

Die Zahlen machen deutlich, dass es sowohl in Deutschland als auch weltweit mit Blick auf die Verringerung von Ungleichheit und das Schaffen von Geschlechtergerechtigkeit großen Handlungsbedarf gibt.

Die geforderte Neuausrichtung der Steuerpolitik zeigt, dass es um mehr geht als um eine innenpolitische Aufgabe. Staatliche Handlungsmöglichkeiten müssen sowohl in Deutschland als auch in den Ländern des globalen Südens vergrößert werden, damit in die Bekämpfung von Ungleichheit und in Geschlechtergerechtigkeit investiert werden kann.

Die Bundesregierung ist aber auch aufgefordert, in anderen Bereichen der internationalen Zusammenarbeit einen neuen Fokus zu setzen. So muss sie ihr Stimmgewicht im Internationalen Währungsfonds (IWF) dafür einsetzen, dass Entwicklungs- und Schwellenländer im Rahmen von Unterstützungsprogrammen den notwendigen finanziellen Spielraum erhalten, um selbst in Pflege- und Fürsorgeinfrastruktur zu investieren. Dies ist insbesondere in den ärmsten Ländern wichtig, in denen es Anzeichen für eine Rückkehr der Schuldenkrise gibt: Laut vorläufiger Zahlen geben 12 von ihnen bereits mehr für Schuldendienste aus als für Bildung und 38 mehr als für ihre Gesundheitssysteme.⁶⁸

Zudem kann die Bundesregierung in der Entwicklungszusammenarbeit auf die Verteilung von Fürsorgearbeit in Ländern des Südens einwirken, wenn sie ihre Mittel für den Aufbau öffentlicher Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsysteme in armen Ländern, die dies derzeit nicht selbst leisten können, erhöht. In diesen Bereichen eingesetzt, leisten Entwicklungsgelder den größten Beitrag zum Abbau von Ungleichheit.⁶⁹ Private, gewinnorientierte Bildungs- und Gesundheitsanbieter dürfen dagegen keine Förderung erhalten: Die Erfahrung zeigt, dass privatisierte Systeme gerade den ärmsten Bevölkerungsgruppen den Zugang verwehren.

Die konsequente Anwendung des Prinzips des geschlechtergerechten Haushalts auf den Entwicklungsetat, also die Beachtung der Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter in allen deutschen Entwicklungsprogrammen, kann helfen, eine solche Umstrukturierung der Entwicklungsausgaben dauerhaft zu stützen und abzusichern.

2020: Jahr der Frauen, Jahr des Handelns!

Die Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter steht derzeit im Fokus der internationalen Politik. Im Dezember 2019 jährte sich die Verabschiedung der Frauenrechtskonvention der Vereinten Nationen zum 40. Mal und im März 2020 feiert die Pekinger Erklärung und Aktionsplattform für die Gleichstellung von Frauen ihr 25-jähriges Bestehen. Wenn die Bundesregierung und insbesondere das Entwicklungsministerium mitfeiern wollen, sollten sie nicht nur warme Worte mitbringen, sondern auch konkrete Zusagen über substanzielle finanzielle Beiträge machen.

Durch drei Maßnahmen kann das Entwicklungsministerium dazu beitragen, unbezahlte Pflege und Fürsorge im globalen Süden zu reduzieren und gerechter zu verteilen.

1. In öffentliche Kinderbetreuung und Schulen investieren
Derzeit werden nur zwei Prozent der gesamten Gelder der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für Kitas und Grundschulen eingesetzt. Die Quote muss auf zehn Prozent erhöht werden!

2. Einen globalen Fonds für soziale Sicherheit unterstützen

Insbesondere die ärmsten Länder sind derzeit nicht in der Lage, das Menschenrecht auf soziale Sicherheit zu gewährleisten. Die Bundesregierung muss sich für einen globalen Fonds für soziale Sicherheit einsetzen, der durch Renten, Kindergeld und Unterstützung für Menschen ohne Einkommen – insbesondere Frauen – eine eigenständige Absicherung ermöglicht.

3. Frauenrechte und -organisationen stärken

Obwohl die Förderung von Frauen in aller Munde ist, liegt der Anteil der Ausgaben für Programme, die dezidiert auf die Gleichstellung von Frauen abzielen, derzeit bei nur rund einem Prozent der gesamten deutschen Entwicklungsgelder. Dieser Wert muss in den kommenden Jahren auf zehn Prozent steigen, insbesondere müssen Frauenorganisationen vor Ort mehr Unterstützung erhalten!

Gemeinsam gegen Ungleichheit!

Wir haben viel zu gewinnen, wenn es uns gelingt, Ungleichheit zu überwinden: mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, mehr Solidarität und Vertrauen. In Gesellschaften mit geringerer Ungleichheit gibt es weniger Gewaltverbrechen und die Menschen fühlen sich sicherer. Weniger Ungleichheit erhöht die Bereitschaft von Menschen, sich für das Gemeinwohl einzusetzen: Der Stress, mit anderen mithalten zu müssen, sinkt und setzt Energien für gemeinsames Engagement frei.

Deswegen setzt Oxfam sich zusammen mit engagierten Bürger*innen sowie zahlreichen anderen Organisationen aus der Zivilgesellschaft im In- und Ausland gegen Ungleichheit ein. In Berichten weisen wir auf ihre negativen Folgen für die Armutsbekämpfung, unsere natürliche Umwelt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt hin. Politiker*innen fordern wir auf, konkrete Veränderungen einzuleiten. Durch Engagement, Aktionen und ausdauerndes Nachhaken tragen wir zum politischen Wandel bei.

In Deutschland hat sich Oxfam gemeinsam mit über 30 Organisationen im Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“ zusammengeschlossen. International findet parallel zum jährlichen Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar die Aktionswoche der „Fight Inequality Alliance“ statt, deren Gründungsmitglied Oxfam ist. Frauen-, Umwelt-, Entwicklungs- und Jugendorganisationen, Gewerkschaften und Graswurzel-Aktivist*innen kommen zusammen und zeigen, was alle gewinnen können, wenn wir Ungleichheit überwinden.

Multan, Pakistan: Schülerinnen posieren gemeinsam vor der Kamera. Das Oxfam Girls Education Programme vergibt Stipendien an leistungsstarke Schülerinnen, damit sie ihre Ausbildung fortsetzen können.
© Insiya Syed/Oxfam



LITERATUR

- 1 Forbes (2019): [Billionaires: The world's richest](#).
- 2 Credit Suisse Research Institute (2019): [Global Wealth Databook 2019](#) und Forbes (2019) op. cit. Zur Einordnung der Daten siehe die Box zu Oxfams Berechnungen.
- 3 International Labour Organisation (ILO) (2018): [Care work and care jobs for the future of decent work](#). Genf.
- 4 Credit Suisse Research Institute (2019) op. cit.
- 5 Forbes (2019) op. cit.
- 6 Dies sind die aktuellsten Zahlen der Weltbank zu extremer Armut. Die Zahl der Menschen in extremer Armut weltweit ist von 1,9 Milliarden im Jahr 1990 auf 736 Millionen im Jahr 2015 gesunken. Die Geschwindigkeit der Armutsreduktion hat jedoch seit 2013 von zuvor ca. 1 Prozent pro Jahr auf etwa 0,6 Prozent pro Jahr abgenommen. Alle Daten in diesem Absatz entstammen World Bank (2018a): [Piecing together the poverty puzzle](#).
- 7 World Bank (2018b): [Nearly Half the World Lives on Less than \\$5.50 a Day](#).
- 8 Alle Zahlen in diesem Absatz entstammen United Nations Development Program (UNDP) (2019): [Human Development Report 2019](#).
- 9 Espinoza Revollo, P. (2020): [Methodology Note](#). Oxfam International.
- 10 World Inequality Lab in UNDP (2019) op. cit.
- 11 Studien schätzen den Ausfall an Steuereinnahmen für alle betroffenen Staaten und deren Bürger*innen auf ca. 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr: Zucman, G. (2015): [The Hidden Wealth of Nations: The Scourge of Tax Havens](#). University of Chicago Press.
- 12 Credit Suisse schätzt für 25 Prozent der Länder, in denen 44 Prozent der Weltbevölkerung leben und 93 Prozent der globalen Privatvermögen liegen, die Qualität der Daten als ausreichend gut ein. Credit Suisse Research Institute (2019) op. cit.
- 13 Die drei von Credit Suisse verwendeten Quellen sind offizielle Einkommensstatistiken, Vermögensbefragungen und die Forbes-Reichenliste.
- 14 Forbes (2019) op. cit.
- 15 Metcalf, T.; Witzig, J. (2019): [World's Richest Gain \\$1.2 Trillion in 2019 as Jeff Bezos Retains Crown](#). Bloomberg News.
- 16 Neben dem Mangel an guten Ungleichheitsdaten generell werden diese oftmals nicht getrennt nach den sozialen Kategorien Mann und Frau ausgewiesen. Noch viel weniger Daten gibt es für diejenigen, die sich nicht mit einem der beiden Geschlechter identifizieren, daher ist nicht darstellbar, wie stark letztere von Ungleichheit betroffen sind.
- 17 UN Women (2018): [Turning Promises into Action: Gender Equality in the 2030 Agenda For Sustainable Development](#).
- 18 Pimentel, D. et al. (2018): [Reward Work, Not Wealth](#). Oxfam International.
- 19 Credit Suisse Research Institute (2018): [Global Wealth Report 2018](#).
- 20 ILO (2016): [Women at Work: Trends 2016](#).
- 21 Alle Zahlen in diesem Absatz entstammen World Economic Forum (2019): [The Global Gender Gap Report 2020](#).
- 22 Ibid.
- 23 Zu den Zahlen in diesem und dem folgenden Absatz siehe ILO (2018) op. cit.
- 24 Das Gespräch mit Tendai Chauke wurde im Rahmen von Oxfams WE-Care-Programm geführt. In Simbabwe wird das Programm von Unilever/Surf unterstützt.
- 25 Siehe ILO (2018) op. cit.
- 26 Praetorius, I. (2015): [Wirtschaft ist Care](#). Heinrich-Böll-Stiftung.
- 27 Zu den Zahlen in diesem Absatz siehe Espinoza Revollo, P. (2020) op. cit.
- 28 Ibid.
- 29 ILO (2018) op. cit.
- 30 Beide Zahlen entstammen UN Women (2018a): [Turning Promises into Action: Gender Equality in the 2030 Agenda for Sustainable Development](#). New York.
- 31 Die Altersgruppe, in der 122 Frauen gegenüber 100 Männern in Armut leben, ist 25 bis 34 Jahre.
- 31 UN Women (2018b): [Gender differences in poverty and household composition through the life cycle](#).
- 32 Agüero, J.M.; Marks, M.S. (2011): [Motherhood and female labor supply in the developing world: Evidence from infertility shocks](#). Journal of Human Resources. Vol. 46, No. 4, pp. 800-826.
- 33 Lawson, M. et al. (2020) [Time to Care](#). Oxfam International. Für Deutschland siehe Boll, C.; Jahn, M.; Lagemann, A.; Puckelwald, J. (2016): [Dauerhaft ungleich – berufs-spezifische Lebenserwerbseinkommen von Frauen und Männern in Deutschland](#). Hamburgisches Weltwirtschafts Institut.
- 34 ILO (2018) op. cit. und Karimji, L.; Samman, E.; Rost, L.; Kidder, T. (2016): [Factors and norms influencing unpaid care work](#). We-Care. Oxfam.
- 35 Marphatia, A.; Moussie, R. (2013): [A question of gender justice: Exploring the linkages between women's unpaid care work, education and gender equality](#). International Journal of Educational Development, Vol. 33
- 36 CARE Dänemark (2016): [Fleeing Climate Change: Impacts on Migration and Displacement](#).
- 37 Oxfam (2011): [Growing a Better Future](#) und World Health Organization (2018): [Climate Change and Health](#).
- 38 Berechnungen auf Basis der Forbes-Reichenlisten. Siehe Espinoza Revollo, P. (2020) op. cit.
- 39 Alvaredo, F.; Chancel, L.; Piketty, T.; Saez, E.; Zucman, G. (2017): [The World Inequality Report 2018](#).
- 40 Weltbank (2018a) op. cit.
- 41 D. Woodward (2015): [Incrementum ad Absurdum: Global Growth, Inequality and Poverty Eradication in a Carbon-Constrained World](#). World Social and Economic Review, No. 4, 2015.
- 42 Gore, T. (2015): [Extreme Carbon Inequality](#). Oxfam Media Briefing.
- 43 Lillemeier, S. (2016): [Der "Comparable Worth" Index als Instrument zur Analyse des Gender Pay Gap](#). Hans-Böckler-Stiftung.
- 44 World Bank (2012): [World Development Report 2012](#).
- 45 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017): [Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung](#). S. 93 ff. Alle Zahlen in diesem und dem folgenden Absatz aus dieser Quelle, wenn nicht anders angegeben. Der Gender Pay Gap war 2018 unverändert laut Destatis (2019): [Pressemittteilung Nr. 098 vom 14. März 2019](#).
- 46 Große Unterschiede gibt es in Deutschland auch zwischen den neuen und alten Bundesländern sowie zwischen städtischen und ländlichen Regionen. BMFSFJ (2017), S. 92.
- 47 OECD (2019): [Pensions at a Glance. Wie schneidet Deutschland ab?](#)
- 48 Der Begriff im Englischen lautet „Motherhood Penalty“. Die entsprechenden Werte liegen bei 21 Prozent in Dänemark, 26 Prozent in Schweden, 31 Prozent in den USA, 44 Prozent in Großbritannien und 51 Prozent in Österreich. Siehe Kleven, H.; Landais, C.; Posch, J.; Steinhilber, A.; Zweimüller, J. (2019): [Child Penalties Across Countries: Evidence and Explanations](#). AEA Papers & Proceedings 109.
- 49 Grabka, M.; Halbmeier, C. (2019): [Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch](#). DIW Wochenbericht.
- 50 Eine Befragung im Auftrag der Deutschen Bundesbank im selben Jahr gibt das Vermögen der Reichsten 10 Prozent mit 55 Prozent an und das der ärmeren Hälfte mit 3 Prozent an. Siehe Deutsche Bundesbank (2019): [Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2017](#). Monatsbericht April 2019. Die Unterschiede zum DIW resultieren aus einer anderen Stichprobe und einem abweichenden Erhebungsverfahren. Ausführlicher dazu: Grabka und Halbmeier (2019) op. cit.
- 51 Die Summe der individuellen Nettovermögen in Deutschland für das Jahr 2017 betrug laut DIW (Tabelle 1) 7.390 Mrd. Euro. Der Anteil der ärmeren Hälfte der deutschen Bevölkerung am Nettovermögen betrug im selben Jahr 1,3 Prozent, siehe Grabka und Halbmeier (2019) op. cit. Deren gemeinsames Vermögen umfasste demnach 96,07 Mrd. Euro. Das Vermögen der fünf reichsten deutschen Personen / Paare im Jahr 2017 betrug laut Forbes 105,4 Mrd. Euro (im Einzelnen waren das Beate Heister & Karl Albrecht Jr., 27,2 Mrd.; Georg Schaeffler, 20,7 Mrd.; Susanne Klatten, 20,4 Mrd.; Theo Albrecht Junior, 18,8 Mrd. und Stefan Quandt, 18,3 Mrd.). Siehe Dolan, K. (2017): [Forbes 2017 Billionaires List: Meet the Richest People on the Planet](#). Zur Einbeziehung von Reichenlisten in Vermögensberechnungen siehe Bach, S.; Thiemann, A.; Zucco, A. (2018): [Looking for the Missing Rich: Tracing the Top Tail of the Wealth Distribution](#). Discussion Paper 1717. DIW Berlin.
- 52 Die Autoren der Credit Suisse gehen von einem höheren Stand der Vermögensungleichheit aus als DIW und Bundesbank. Laut Credit Suisse Research Institute (2019) op. cit. verfügt die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung im Jahr 2019 über nur 0,02 Prozent des Nettovermögens (zum Vergleich 0,022 Prozent in 2017) und die reichsten zehn Prozent verfügen über 65,1 Prozent (zum Vergleich 65,6 Prozent in 2017).
- 53 Grabka, M. M.; Goebel, J.; Liebzig, S. (2019): [Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen](#). DIW Wochenbericht 19 und Spannagel, D.; Molitor, K. (2019): [Einkommen immer ungleicher verteilt](#). WSI Report Nr. 53.
- 54 Internationaler Währungsfonds (2019) [Country Report No. 19/213. Article IV consultation - press release, staff report and statement by the executive director for Germany](#).
- 55 World Inequality Lab in UNDP (2019) op. cit.
- 56 ILO (2018) op. cit., S. 331.
- 57 Dies empfehlen auch die Sachverständigen, die den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung verfasst haben (siehe BMFSFJ (2017) op. cit., S.116 ff), sowie u.a. der Deutsche Frauenrat (2019): [Geschlechtergerechtigkeit stärkt die Demokratie. Frauen- und gleichstellungspolitische Halbjahresbilanz der Bundesregierung](#).
- 58 ILO (2018) op. cit., S. 122 sowie BMFSFJ (2017) op. cit., S. 159.
- 59 Cederström, C. (2019) [State of Nordic Fathers](#). Nordic Council of Ministers. S. 29 ff.
- 60 Einen Ansatz für Deutschland liefert der Nationale Wohlstandsindex (NWI), siehe dazu Held, B.; Rodenhäuser, D.; Diefenbacher, H. (2019): [NWI 2019 – Verstärkung des positiven Trends](#). IMK Policy Brief Nr. 3.
- 61 M. Lawson et al. (2019): op. cit.
- 62 Alstadsaeter, A.; Niels, J.; Zucman, G. (2017): [Tax Evasion and Inequality](#).
- 63 Mariotti, C. (2019): [The 67's Deadly Sins Retrieved](#). Oxfam Briefing Paper.
- 64 Ibid.
- 65 World Inequality Lab in UNDP (2019) op. cit., S.127 ff.
- 66 Berechnungen in Espinoza Revollo, P. (2020) op. cit.
- 67 ARD-Deutschland-Trend (2019): [Mehrheit der Deutschen ist für eine Vermögenssteuer](#).
- 68 Prizzon, A. (2019): [Long-term debt sustainability and the Sustainable Development Goals: Beyond the short-term prioritization of creditor interests](#).
- 69 Oxfam (2019) [Hitting the target. An agenda for aid in times of extreme inequality](#); Klasen et al. (2018): [Economic Inequality and Social Progress](#). In Rethinking Society for the 21st Century. Report by the International Panel on Social Progress. Cambridge University Press.
- 70 Alle Daten laut Sachverständigenkommission für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (2017): [Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam neu gestalten](#). Themenblatt 2: Ziele und Indikatoren.

Links zu allen verwendeten online verfügbaren Quellen sind in der digitalen Ausgabe dieser Publikation unter www.oxfam.de/im-schatten-der-profite verzeichnet.

IMPRESSUM

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen gemeinsam mit 3.600 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Herausgeber: Oxfam Deutschland e. V., Januar 2020

V.i.S.d.P.: Marion Lieser, Oxfam Deutschland e. V., Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Tel.: +49 (0)30 45 30 69 0, E-Mail: info@oxfam.de

Deutsche Zusammenfassung und Ergänzung des Kampagnenreports *Time to Care*. Vollständiger Text unter www.oxfam.de/time-to-care

Konzeption und Übersetzung: Ellen Ehmke unter Mitarbeit von Tobias Hauschild
Redaktion: Mara Brückner, Sandra Dworack, Julia Jahnz, Jörn Kalinski, Nikolai Link, Ulrike Pehlgrimm und Lisa Ruppel.
Layout und Illustrationen: Ole Kaleschke

www.oxfam.de

OXFAM SETZT SICH GEGEN SOZIALE UNGLEICHHEIT EIN



Bubi District, Simbabwe: Zibusiso Moyo und seine Frau Sibongisi erledigen zusammen mit ihrer dreijährigen Tochter die Wäsche. Oxfams WE-Care-Programm ermutigt Jungen und Männer, sich an der Hausarbeit zu beteiligen.
© Aurelie Marrier D'Unienville/Oxfam

Ein Beispiel für unseren Einsatz gegen Ungleichheit und für die Anerkennung, Reduzierung und Umverteilung von unbezahlter Hausarbeit, Pflege und Fürsorge ist die „Women's Economic Empowerment and Care“-Initiative (WE-Care).

In sechs Ländern Südostasiens und Afrikas fördern wir Geschlechtergerechtigkeit und die beruflichen Entwicklungschancen von Frauen. Die Arbeit mit Männern und Jungen verändert zudem bestehende Vorstellungen und Normen.

Mit Erfolg: Teilnehmerinnen des Programms in Nairobi konnten beispielsweise höhere Ausgaben für die Einrichtung von Kindergärten und die Wasserversorgung durchsetzen.

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT DURCH IHRE SPENDE

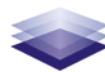
Oxfam Deutschland e.V.

Spendenkonto:

IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00

Bank für Sozialwirtschaft

Konto: 80 90 500 BLZ: 370 205 00



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.



Oxfam ist Mitglied
der Fight Inequality Alliance



OXFAM
Deutschland